

Nr. 01/02

Niederschrift

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg
am Montag, 21.01.2002, im PFL**

Anwesend:

vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz	Ratsfrau Müller
Bürgermeister Nehring	Ratsherr Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsherr Adler	Ratsfrau Neumann
Ratsfrau Ahrens-Strassberger	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsherr Bischoff	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Bockmann	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsfrau Bollerslev	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Dr. Pade
Ratsfrau Conty	Ratsherr Reck
Ratsfrau Dammers	Ratsherr Reinking
Ratsherr Danne	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsfrau Diederich	Ratsherr Rosenkranz
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Rudolph
Ratsherr Ellberg	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Gayk	Ratsfrau Scheller
Ratsfrau Gerdes	Ratsherr Schwartz
Ratsfrau Hartmann	Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Harzmann	Ratsherr Siek
Ratsherr Hochmann	Ratsfrau Stolze
Ratsherr Kaps	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Klarmann	Ratsherr Tambke
Ratsherr Dr. Knake	Ratsherr Thole
Ratsherr Krummacker	Ratsfrau Würdemann
Ratsfrau Lück	Ratsherr Zietlow
Ratsherr Mühlbradt	

von der Verwaltung:

Stadträtin Opphard	Leitende Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Niggemann	Pressesprecher Krogmann
Leitender Baudirektor Kühl	Verw.angest. Triebe als Protokollführer

Beginn der Sitzung: 18.12 Uhr

Ende der Sitzung: 19.28 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 9 und 14** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

(Anlage 1)

Ratsherr Klarmann beantragt, die Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion "Auszahlung fest zugesagter Zuschüsse für 2001 an die Sportvereine" zu erweitern.

Der Antrag wird vom Rat einstimmig angenommen.

Ratsvorsitzender Nehring erklärt, dass die Tagesordnung insoweit um den Tagesordnungspunkt 7.2 erweitert werde.

Die so ergänzte Tagesordnung wird vom Rat einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 15/01 vom 13.11.2001

Die Niederschrift Nr. 15/01 vom 13.11.2001 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

4.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO

(Vorlage: 02/0031, Anlage 2)

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

5. Einwohnerfragestunde

- Einwohnerfragen liegen nicht vor -

6. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

6.1 Verwaltungsausschuss vom 14.01.2002

6.1.1 Entgelte-Vereinbarung des Rettungsdienstes und Festsetzen der Entgelte für Leistungen des Rettungsdienstes

(Vorlage: 02/0022, Anlage 3)

- einstimmig -

6.1.2 Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes in der Stadt Oldenburg (Oldb) (Rettungsdienstgebührensatzung)

(Vorlage: 02/0024, Anlage 4)

- einstimmig -

6.2 Verkehrsausschuss vom 19.09.2001 und 17.01.2002

6.2.1 Benennung von Straßen – “Charlotte-Dettling-Straße”

(Vorlage: 01/0340, Anlage 5)

- einstimmig -

6.2.2 Benennung von Straßen – “Marie-Curie-Straße”

(Vorlage: 02/0005, Anlage 6)

- einstimmig -

6.2.3 Neues Liniennetz für den Stadtbusverkehr der V.W.G.

(Vorlage: 02/0010, Anlage 7)

Ratsfrau Multhaupt erinnert daran, dass sich schon seit 1884 Stadträte mit dem öffentlichen Personennahverkehr befasst hätten. Ein gut ausgebautes Straßennetz, der hohe Kraftfahrzeugverkehr-Anteil sowie die großflächige Bebauung mit geringer Bebauungsdichte ließen es kaum zu, einen attraktiven, aber kostengünstigen ÖPNV anzubieten. Insofern könne jedes Liniennetz nur ein Kompromiss sein. Die SPD-Fraktion habe in den Diskussionen stets eine Taktverdichtung, die Optimierung der Linienführung und die Beschleunigung auf den Ausfallstraßen gefordert. Mit dem neuen Liniennetz würden diese Forderungen umgesetzt. Seit der Veröffentlichung in der Presse seien zahlreiche Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt worden. Diverse Vorschläge und Anregungen seien berücksichtigt worden. Aus Sicht der SPD-Fraktion seien wesentliche bisherige Nachteile ausgeräumt worden. Die Schützenhofstraße werde wieder von einem Bus befahren und die Straßen Thomasburg und Eibenweg seien trotz Wegfalls der Linie 317 im 30-Minuten-Takt angebunden. Durch eine veränderte Linienführung zur BBS IV über Brookweg, Johann-Justus-Weg und Rauhehorst seien die vielfach diskutierten Probleme im Bereich Masurenstraße ausgeräumt worden. Bedauerlich sei, dass für die Anbindung des Friedrich-August-Platzes noch keine akzeptable Lösung gefunden worden sei. Durch die Verlegung von Haltestellen seien teilweise weitere Wege zurückzulegen. Die von älteren Leuten, Gehbehinderten oder von Eltern mit Kinderwägen insoweit erhobene Kritik werde geteilt. Die SPD-Fraktion werde sich auch nach der Einführung des neuen Liniennetzes für weitergehende Verbesserungen einsetzen. Mit dem Beschluss zum neuen Liniennetz und dem Restrukturierungsvertrag der V.W.G. seien weitere wichtige Aufgaben verbunden. Sie versichert, dass zusammen mit der V.W.G. ein guter Weg gefunden werde. Die Erschließung neuer Baugebiete, wie z. B. Eversten-

West, müsse berücksichtigt werden. Das Haltestellen-Kataster sowie gut ausgebauten Haltestellen - mit einem Sitzplatzangebot, einer Beleuchtung und ausreichendem Wetterschutz - seien anzustreben. Sie sei überzeugt, dass die Fahrgastzahlen im Bereich des ÖPNV verbessert werden könnten. Sie dankt allen Beteiligten, die am neuen Liniennetz mitgewirkt hätten. Nicht zuletzt hätten die Initiativen für die Qualität des Liniennetzes gesorgt.

Ratsherr Drieling fasst zusammen, dass eine der wichtigsten Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplanes die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Oldenburg sei. Die erheblichen Verkehrsprobleme, die insbesondere dadurch entstünden, dass Oldenburg täglich Zielort für 90.000 Personen sei, seien zu beseitigen. Hierzu werde angestrebt, das Fahrtangebot zu verbessern und das Liniennetz zu optimieren. Dabei sollte sich kein oder gegebenenfalls nur ein geringer finanzieller Mehraufwand beim Bus- und Personaleinsatz ergeben. Mit dem Beschlussvorschlag werde das Fahrtangebot erheblich verbessert und das Liniennetz optimiert. Der Grundtakt auf fast allen Linien verringere sich auf 15 Minuten zwischen 6 und 21 Uhr. Die vorgesehene Linienführung stelle ebenfalls eine Verbesserung dar. Die Fahrgäste erreichten schneller den Zielort und es seien wichtige Ziele optimal angebunden. Soweit möglich, seien die Forderungen von Interessengruppen berücksichtigt worden. Jedoch dürfe nicht verkannt werden, dass eine vollständige Optimierung im gesamten Stadtgebiet nicht leistbar sei. Dank richtet er an alle Beteiligten, die sich an dem neuen Liniennetz beteiligt hätten. Bei allen Maßnahmen sei auf die Wirtschaftlichkeit geachtet worden. Durch begleitende Maßnahmen, wie z. B. dem Restrukturierungsvertrag, seien die Kosten gesenkt worden. Aufgrund der bisherigen Kosten sei die V.W.G. nicht wettbewerbsfähig gewesen. Mit dem Restrukturierungsvertrag seien die Rahmenbedingungen für eine zukünftige Arbeitsplatzsicherung gegeben. Für das Mitwirken an dem Vertrag dankt er dem Betriebsrat, den Gewerkschaften, der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat. Alle Maßnahmen zusammen seien darauf gerichtet, dass die V.W.G. als leistungs- und wettbewerbsfähiger Dienstleister im internationalen Wettbewerb mithalten könne. Sie seien wichtige Kriterien bei der Entscheidung der Bezirksregierung Weser-Ems über die Verlängerung der Linienkonzession.

Ratsherr Krummacker sieht in dem Liniennetz insgesamt die notwendigen Verbesserungen. Erstmals seit vielen Jahren sei das Liniennetz komplett überarbeitet worden. Viele Bürgerinnen und Bürger profitierten von den verbesserten Taktzeiten. Die Haushaltslage und die Deckelung des Zuschusses an die V.W.G. lasse jedoch nicht das Optimale zu. Wünschenswert wäre auch eine gute Anbindung der Stadtteile Bümmerstede und Kreyenbrück an das Schulzentrum gewesen und eine andere Linienführung im Bereich Eversten, Thomasburg. Die beratenden Mitglieder im Arbeitskreis hätten weitere Verbesserungen und eine Verdichtung des Liniennetzes angestrebt. Aufgrund der Haushaltslage könne jedoch kein optimaler ÖPNV geschaffen werden. Bereits in der Vergangenheit habe die FDP-Fraktion gefordert, dass der begleitende Arbeitskreis sich weiterhin am Prozess beteiligen möge und die notwendigen Korrekturen für die Politik erarbeite. Dieser Anregung seien die übrigen Fraktionen gefolgt. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen und verbinde hiermit die Hoffnung, dass sich die Fahrgastzahlen der V.W.G. erhöhen.

Ratsfrau Müller hebt hervor, dass der Beschlussvorschlag die Grundlage für die notwendigen Verbesserungen im ÖPNV sei. Der vorgesehene 15-Minuten-Takt bis 21 Uhr mache den ÖPNV attraktiver und werde für höhere Fahrgastzahlen sorgen.

Der Beschlussvorschlag wird angenommen.

- einstimmig -

6.3 Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 14.01.2002

6.3.1 Benennung beratender Mitglieder für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung (Vorlagen 02/0017 und 02/0040, Anlagen 8 und 9)

Ratsherr Siek kritisiert, dass als beratende Mitglieder ausschließlich männliche Vertreter der Institutionen und Verbände vorgeschlagen werden. Zudem handele es sich auch noch um die hauptamtlichen Funktionäre. Die für die Arbeit des Ausschusses notwendige Innovation sei nicht zu erwarten. Seine Fraktion habe sich ein anderes Verfahren bei der Auswahl der Mitglieder gewünscht. Er hoffe, dass bei der späteren Ausschussarbeit Einzelfall bezogen weitere Sachverständige, insbesondere Frauen, hinzugezogen würden. Da die Vorgeschlagenen aber kompetente Ansprechpartner seien, werde der Beschlussvorschlag unterstützt.

Ratsherr Stratmann äußert, dass die Institutionen äußerst kompetente Personen für die Mitarbeit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung benannt hätten. Die Vertreter seien anerkannt und leisteten hervorragende Arbeit. Mit Freude erwarte er die zukünftige Zusammenarbeit, wobei Aufgaben spezifisch weitere Sachverständige hinzugezogen werden sollten.

Ratsherr Adler betrachtet den Ausschuss für Wirtschaftsförderung insgesamt skeptisch, da keine originären Kompetenzen zu erkennen seien. Die eigentlichen Beschlüsse seien auch zukünftig von anderen Ratsausschüssen vorzubereiten. Des weiteren habe er den Eindruck gewonnen, dass die bisher im Rahmen der laufenden Verwaltung wahrgenommenen Tätigkeiten in den Wirtschaftsförderungsausschuss eingebracht werden; insoweit handele es sich um eine "Inszenierung". Erst in der tatsächlichen Arbeit werde sich zeigen, ob die Einrichtung des Ausschusses sinnvoll sei. Seine Fraktion werde sich bei der Beschlussfassung der Stimme enthalten.

Ratsherr Schwartz bemerkt, dass in den bisherigen Äußerungen Vorbehalte gegenüber den vorgeschlagenen Personen enthalten seien. Nach seiner Kenntnis seien jedoch keine personellen Gegenvorschläge unterbreitet worden. Daher dürfe der Beschlussvorschlag nicht bemängelt werden. Wichtig sei, dass der Ausschuss seine Arbeit aufnehme und Zukunftsstrategien erarbeite. Nach Ablauf eines Jahres könne die geleistete Arbeit bewertet werden.

Ratsherr Zietlow ist verwundert, dass der Beschlussvorschlag keine uneingeschränkte Zustimmung erfahre. Es seien alle wesentlichen Wirtschaftsvertreter

als beratenden Mitglieder vorgesehen. Den Skeptikern bleibe es vorbehalten, Sachthemen in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu bringen und Einzelfall bezogen weitere Sachverständige für die Erörterungen einzufordern. Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit gäbe es ausreichende Themen, die zu behandeln seien. Keineswegs handele es sich bei dem Ausschuss um eine "Inszenierung", da wesentliche Themen, wie z. B. die Zukunft des Standortes Stubbenweg, für die Stadt und die Region von enormer Wichtigkeit seien.

Der Beschlussvorschlag wird angenommen.

- mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen -

6.4 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 15.01.2002

6.4.1 Bebauungsplan W-677 (Achtermöhlen)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

(Vorlage 01/0430, Anlage 10)

- einstimmig -

6.4.2 Sanierungsgebiet Kennedy-Viertel

- Beschluss Wohnungspolitische Leitlinie

- Beschluss Modernisierungs- und Instandsetzungsrichtlinie

- Beschluss Gebietsfreistellung

(Vorlage: 01/0569, Anlage 11)

- einstimmig -

6.4.3 Sanierungsgebiet Burgstraße

- Ergänzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes

(Vorlage: 01/0567, Anlage 12)

- einstimmig -

7. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder

7.1 Grüße an die Oldenburger Soldaten in Afghanistan

(Anlagen 13 und 14)

Ratsfrau Scheibert erinnert an die Anteilnahme der Oldenburgerinnen und Oldenburger an den Geschehnissen des 11. Septembers 2001. Die Tat sei ein Angriff auf die Freiheit und Demokratie. Die Welt sei aufgerufen, für Frieden und Freiheit einzustehen. Hierzu gehöre auch die Bundesrepublik Deutschland. Die CDU-Fraktion sei stolz und dankbar, dass Soldaten der Oldenburgischen Luftlandebrigade zusammen mit Niederländern, Dänen und Österreichern als Vorauskommando in Kabul für Frieden, Freiheit und einen Wiederaufbau eintreten. Der afghanischen Übergangsregierung sei Sicherheit zu gewähren, damit endlich Frieden in dem geschundenen Land einkehren könne. Die Hilflosigkeit von Menschen, hungernde und frierende Frauen, alte Menschen und Kinder, berühre sie tief. Die Wiederaufnahme

des Schulbetriebes sei erst durch deutsche Hilfe möglich geworden. Die Soldaten seien unter primitivsten Rahmenbedingungen untergebracht und einer ständigen Gefährdung ausgesetzt. Insoweit sei der Einsatz als Friedensmission anzuerkennen. Mit dem Antrag soll im Rahmen der Patenschaft der Stadt Oldenburg zu den Soldaten ein Zeichen der Dankbarkeit und der Verbundenheit - auch gegenüber den Angehörigen - gesetzt werden. Die CDU-Fraktion werde, soweit dieses gewünscht sei, mit den Angehörigen Kontakt aufnehmen und Gespräche führen. Sie dankt der Verwaltung für das vorbereitete Grußwort (Anlage 13). Sie appelliert an den Rat, das Grußwort aus Dankbarkeit und Anerkennung mitzutragen. Verbunden mit einem Grußwort habe die CDU-Fraktion vorgeschlagen, ein Kohlpaket für einen "Oldenburger Abend" nach Afghanistan zu schicken. Leider habe sich hierzu im Vorfeld keine Zustimmung ergeben. Daher sei die CDU-Fraktion gezwungen, diesen Teil des Antrages zurückzuziehen, um ihn nicht "der Lächerlichkeit" preiszugeben. Dieses sei bedauerlich, zumal große Teile der Bevölkerung und auch die Bundeswehr ein Kohlessen in Afghanistan unterstützt hätten. Mit dem Grußwort soll den Soldaten gegenüber ausgedrückt werden, dass unsere Gedanken bei ihnen seien und alle Oldenburgerinnen und Oldenburger wünschten, die Soldaten kämen gesund zurück.

Ratsherr Adler verurteilt ebenfalls die Untaten des 11. Septembers 2001. Jedoch sollten Verbrechten durch die Polizei und die Justiz geahndet werden. Der Einsatz von Soldaten sei nicht das geeignete Mittel. Terrorismus könne nicht mit kriegerischen Mitteln bekämpft werden. Die kriegerischen Auseinandersetzungen provozierten nur weiteren Terrorismus. Das Bombardement der USA und Großbritanniens hätten zahlreiche zivile Opfer gefordert. Aufgrund einer Nachrichtensperre sei die genaue Anzahl von Verletzten und Toten nicht bekannt. Die Nordallianz, die die Macht in Afghanistan übernommen habe, sei nicht besser als die Taliban. Auch die Nordallianz habe vor Jahren in Afghanistan "gewütet" und insbesondere die Frauen in übelster Weise behandelt. Steinigungen und die Todesstrafe seien selbst heute noch üblich. Keineswegs sei es so, dass in Afghanistan die "Zivilisation" eingezo-gen sei. Der Antrag der CDU-Fraktion sei unverständlich. Immerhin hielten sich derzeit 2 Mio. afghanische Flüchtlinge in Pakistan auf. Es gebe keine ausreichende Verpflegung und insbesondere sei medizinische Hilfe derzeit wichtiger als ein "Grünkohl-Essen" in Afghanistan. Inhaltlich gleiche der CDU-Antrag einer "Provinzposse", die wegen der Peinlichkeit nicht außerhalb Oldenburgs bekannt werden dürfe. Insoweit sei der Entwurf des Grußes als "Schadensbegrenzung" anzusehen. Selbstverständlich unterstütze er den Wunsch, dass alle Beteiligten gesund zurückkehren mögen. Die im Grußwort enthaltene Aussage, dass der Dienst zur Wiederherstellung des Weltfriedens beitrage, könne nicht mitgetragen werden. Daher werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Schwartz meint, dass die Patenschaft der Stadt zur Bundeswehr in der jetzigen Situation besondere Bedeutung habe. Insoweit schließe die Patenschaft auch die Solidarität zu den Familien der Soldaten ein. Es sei zu prüfen, wie weit Hilfe gewünscht und leistbar sei. Darüber hinaus sei zu hoffen, dass alle eingesetzten Kräfte wieder gesund nach Hause kämen. Der Antrag der CDU-Fraktion sei als Solidaritätsbekundung untauglich. Sicherlich sei der Antrag in guter Absicht formuliert worden, jedoch seien die Soldaten in Afghanistan ausreichend versorgt. Die Aufgabe der Stadt liege vielmehr in der vor Ort Betreuung der Familien.

Ratsherr Dr. Knake unterstützt den vorgelegten Entwurf. Mit dem Grußwort werde Solidarität sowohl zu den Soldaten als auch zu den hier verbliebenen Familienangehörigen bekundet. Das Grußwort des Rates werde unterstützt, da die Bundeswehr aufgrund eines UNO-Mandates in Afghanistan tätig sei. Sie sei als Friedenstruppe eingesetzt, insoweit könne den Äußerungen der PDS-Fraktion nicht gefolgt werden. Es sei zu erkennen, dass in einigen Ländern Frieden nur durch den Einsatz fremden Militärs erreicht werden könne. Sowohl in Mazedonien als auch in Bosnien sei fremdes Militär mit polizeilichen Aufgaben betraut. Die kritischen Äußerungen zur Formulierung im 3. Absatz des Entwurfes seien unbegründet. Mit dem Begriff "hervorragenden Ausbildungsstand" sei nicht nur die militärische, sondern auch die soziale Kompetenz, der eingesetzten Soldaten gemeint. Im Rahmen des Einsatzes seien die Soldaten mit inländischen Kräften als "Quasi-Ordnungsmacht" tätig. Dieses sei eine sehr schwierige Aufgabe, die einen besonderen Ausbildungsstand erfordere und Gefährdungspotenziale enthalte. Gerade aus diesen Gründen müsse die Stadt ihre Solidarität zu den Soldaten ausdrücken.

Ratsherr Dr. Pade verweist auf die den Einsatz in Afghanistan ablehnende Strömung der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Ein militärischer Einsatz sei nicht das richtige Mittel und führe zu einer falschen Entwicklung. Diese Auffassung vertrete auch die Ratsfraktion. Daher stehe die Fraktion auch dem Antrag sehr distanziert gegenüber. In dem Entwurf seien Formulierungen und Wertungen enthalten, die nicht mitgetragen werden könnten. Sicherlich werde eine baldige unbeschadete Rückkehr aller Soldatinnen und Soldaten erhofft. Solange die Formulierungen im 3. Absatz nicht geändert würden, enthalte sich die Fraktion bei der Abstimmung.

Ratsherr Stratmann ist enttäuscht, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Entwurf ablehne. Im Verwaltungsausschuss habe seines Erachtens Einvernehmen bestanden, dass der Gruß an die Soldaten von einer großen Mehrheit getragen werden solle. Sicherlich seien die Formulierungen im 3. Absatz "unglücklich", da insbesondere die letzten Tage gezeigt hätten, dass der Ausbildungsstand der Soldatinnen und Soldaten tatsächlich nicht so gut sei. Ziel dieses Antrages sei, dass die Stadt die besondere Solidarität gegenüber den eingesetzten Soldaten und deren Angehörigen zum Ausdruck bringe. Er bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die angekündigte Entscheidung zu überdenken.

Ratsfrau Neumann-Gäßler und Ratsfrau von Seggern verlassen zur Abstimmung den Sitzungsbereich.

Der Gruß des Rates der Stadt Oldenburg (Anlage 13) wird beschlossen.

- mehrheitlich bei 9 Stimmenthaltungen -

7:2 Auszahlung fest zugesagter Zuschüsse für 2001 an die Sportvereine (Anlage 1)

Ratsherr Müller erinnert daran, dass viele Sportvereine im letzten Jahr Zuschüsse für Fahrten beantragt und mit Datum vom 02.01.02 ablehnende Mitteilungen erhalten hätten. Es sei zum Ausdruck gebracht worden, dass aufgrund der Haushaltsverfügung keine Mittel mehr zur Verfügung stünden. In den Vorjahren hätten die Vereine auf die Auszahlung der beantragten Zuschüsse vertrauen können, auch

wenn es sich um freiwillige Leistungen gehandelt habe. Insoweit sei die Formulierung des Dringlichkeitsantrages nicht korrekt, vielmehr hätte es heißen müssen "fest eingeplanter Zuschüsse". Tatsache sei aber, dass in den Vorjahren die beantragten Zuschüsse gezahlt worden seien. Der Verwaltung sei vorzuwerfen, dass sie die Vereine bereits im letzten Jahr über diese Situation hätte informieren müssen. Gelegenheit hierzu hätte noch in der Sitzung des Sportausschusses im Dezember bestanden. Der Oberbürgermeister habe zu Beginn seiner Amtsperiode gesagt, "Grausamkeiten müssen am Anfang begangen werden". Dieses dürfe aber nicht willkürlich zu Lasten der Sportvereine gehen. Der Sportbereich sei bereits in der Vergangenheit finanziell benachteiligt worden, da die in anderen Bereichen üblichen Verträge nicht geschlossen worden seien. Die Sportvereine hätten sich auf die Praxis der vergangenen Jahre verlassen. Die beschlossene Anhebung der Grundsteuern träfe die Vereine ebenso hart. Insoweit seien die "Radikalkürzungen" nicht hinnehmbar. Die Äußerungen bei öffentlichen Veranstaltungen und Ehrungen über den hohen Wert der ehrenamtlich geleisteten Arbeit in den Sportvereinen würden insoweit zur Farce. Als Vorsitzender des Sportausschusses appelliert er an den Rat, den Vereinen zu helfen und sich für die Auszahlung der Mittel einzusetzen.

Ratsherr Krummacker sieht in dem Beitrag der CDU-Fraktion eine "Fensterrede", da das Budget für den Sportbereich mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen worden sei. Zur Beurteilung der Sachlage lägen keine Zahlen vor, inwieweit über das Budget verfügt worden sei und welche Haushaltsreste zur Verfügung stünden. Des weiteren sei nicht bekannt, welcher Betrag aufgrund der Haushaltssperre nicht ausgezahlt werden dürfe. Darüber hinaus sei unbekannt, welche Anträge abgelehnt worden seien. Soweit der Sportausschuss im Januar getagt hätte, hätte hier für die Vereine die Möglichkeit bestanden, sich zu äußern. Jedoch sei die Sitzung in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Sportausschusses ausgefallen. Die Äußerungen der CDU-Fraktion enthielten lediglich "Pauschalvorwürfe". Soweit Zahlungen fest zugesichert seien, hätten die Vereine einen berechtigten Anspruch. Die Verwaltung müsse einen umfassenden Bericht erstellen. Auf dieser Grundlage könne im Sportausschuss weiter diskutiert werden. Er beantragt, den Tagesordnungspunkt an den Sportausschuss zu verweisen.

Ratsherr Dr. Knake rügt, dass der Dringlichkeitsantrag nicht durchdacht sei. Der Rat habe bei der Genehmigung der Tagesordnung der Dringlichkeit zugestimmt, da es sich dem Antrag entsprechend um die Auszahlung fest zugesagter Zuschüsse handele. Durch die Berichtigung, dass es sich "um fest eingeplante Zuschüsse" handele, sei der Rat bei der Entscheidung über die Dringlichkeit von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Der Begriff "Willkür" dürfe nicht verwandt werden, da das Budget für den Sportbereich auch von der CDU-Fraktion beschlossen worden sei. Offensichtlich sei das Budget nicht vollständig ausgeschöpft, so dass die restlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Im Übrigen wüssten die Sportvereine, dass beantragte Zuschüsse erst nach einer Zusage fest eingeplant werden dürften. Soweit den Vereinen tatsächlich Zusagen gemacht worden seien, müssten diese nachgewiesen werden. Ggf. bestünden berechnete Ansprüche. Die Verwaltung müsse sich mit den Vereinen in Verbindung setzen und für die Sitzung des Sportausschusses eine Grundlage liefern. Die jetzige Ratsmehrheit werde den Sportbereich keineswegs vernachlässigen. Bereits in der letzten Wahlperiode habe die SPD-Fraktion eine vertragliche Absicherung der Zuschüsse an die Sportvereine gefordert. Bis zu den kommenden Haushaltsberatungen seien diese Verträge ge-

schlossen. Bedauerlich sei, dass der Ausschuss im Januar nicht getagt habe. Für die Zukunft sei es sinnvoll, im Rat nicht mit Vermutungen und Unterstellungen zu agieren. Konkrete Äußerungen und Forderungen seien für eine gute Zusammenarbeit des Rates im Interesse des Sports notwendig.

Oberbürgermeister Schütz bittet zu differenzieren zwischen fest zugesagten und beantragten Mitteln. Soweit die Verwaltung Zuschüsse zugesagt habe, werde sie sich hieran halten. Nach jetziger Kenntnis seien im Sportbereich die Haushaltsmittel für das Jahr 2001 annähernd ausgeschöpft. Zuschüsse an die Vereine dürften nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gezahlt werden. Eine erste Prüfung habe ergeben, dass bei den betreffenden Haushaltsstellen insgesamt ca. 4.755 DM nicht verausgabt worden seien. In Anbetracht der fast vollständig ausgeschöpften Haushaltsansätze könnten Zusagen der Verwaltung nur unter der Verletzung von Haushaltsvorschriften erteilt worden sein. Er signalisiert vorbehaltlich der abschließenden Prüfung, dass der noch bestehende Restbetrag zur Verfügung gestellt werde. Die angesprochenen "Grausamkeiten" dürften hier nicht genannt werden, da auch im Haushaltsbereich Rechtsvorschriften zu beachten seien. Soweit Sportvereine Bewilligungsbescheide vorlegten, hätten sie einen Anspruch auf die Auszahlung der zugesicherten Beträge. Er gehe jedoch davon aus, dass keine Zusagen gemacht worden seien. Eine solide Haushaltsführung in den Sportvereinen verlange, dass beantragte Mittel zur Finanzierung nicht fest eingeplant würden. Möglicherweise wäre es sinnvoll gewesen, die Sportvereine bereits im letzten Jahr zu informieren, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ausgeschöpft seien.

Ratsherr Adler ermahnt die CDU-Fraktion, zukünftig die Spielregeln einzuhalten. Durch die fehlerhafte Benennung des Dringlichkeitsantrages sei der Rat in der Entscheidung über die Dringlichkeit getäuscht worden. Die in der jetzigen Sachdiskussion vorgenommene Korrektur entschuldige diese Täuschung nicht. Insoweit habe der Rat unter falschen Voraussetzungen über die Dringlichkeit entschieden.

Ratsherr Stratmann äußert, dass Zuschüsse auszuzahlen seien, soweit verbindliche Zuwendungsbescheide vorlägen. Insoweit werde die Aussage des Oberbürgermeisters begrüßt. Zu berücksichtigen sei, dass in den Sportvereinen ehrenamtlich Tätige auch die Finanzen verwalteten. Aus diesem Grunde könnten sich auf der Grundlage der Verwaltungspraxis vergangener Jahre "Vertrauenstatbestände" ergeben. Für die Zukunft wäre es sachgerecht, wenn sich der Sportausschuss mit der Frage befasse, ob sich aus der bisherigen Verwaltungspraxis Vertrauenstatbestände ergäben.

Ratsvorsitzender Nehring fasst zusammen, dass die CDU-Fraktion lediglich die Aufnahme des Tagesordnungspunktes beantragt habe. Es sei der Antrag gestellt worden, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Sportausschusses zu behandeln.

Der Rat unterstützt diesen Vorschlag.

- einstimmig -

Ratsherr Müller äußert in einer persönlichen Erklärung, dass die Verwaltung ihm am 17.12.2001 mitgeteilt habe, dass keine Tagesordnungspunkte für eine Sitzung

im Januar 2002 vorlägen. Die Unterstellung, er habe den Sportausschuss nicht einberufen wollen, weist er zurück. Zwei von ihm für die Sitzung im Januar vorgesehene Tagesordnungspunkte habe er zurückgestellt. Zu dem Zeitpunkt des Gespräches mit der Verwaltung sei ihm noch nicht bekannt gewesen, dass von den Vereinen fest eingeplante Zuschüsse für 2001 nicht ausgezahlt werden könnten.

Nehring
Ratsvorsitzender

Schütz
Oberbürgermeister

Triebe
Protokollführer